

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAA Deutschland

BADEN-WÜRTTEMBERG

Rastatt

1918 - 1933

AUSSTELLUNGSKATALOG

- 19-1 **"Es lebe das Neue!"?** : Rastatt in der Weimarer Republik ; ein Stück Demokratiegeschichte ; Ausstellung im Stadtmuseum Rastatt vom 18. Mai 2018 - 3. Februar 2019 / hrsg. von der Stadt Rastatt. - Rastatt : Stadtmuseum, 2018. - 178 S. : Ill. ; 30 cm. - (Beiträge zur Stadtgeschichte). - ISBN 978-3-923082-72-8 : EUR 14.80
[#6374]

Das Trinationale Netzwerk Museen veranstaltet im Abstand von knapp vier Jahren regelmäßig Ausstellungen zu einem Oberthema. Dieses wird dann aus unterschiedlichen Perspektiven von den teilnehmenden Museen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz betrachtet. 2014 stand der Erste Weltkrieg im Mittelpunkt, jetzt widmen sich die Museen der Oberrheinregion dem Umbruch der Jahre 1918/19 im Grenzgebiet zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz.¹

Auch das Stadtmuseum Rastatt bildet mit seiner Ausstellung „**Es lebe das Neue!"?** einen Baustein des Ausstellungskomplexes des Netzwerkes Museen. Dabei hat die Rastatter Stadtgeschichte eine ganz eigene Prägung in der Zwischenkriegszeit erhalten, die sie von anderen Städten, auch des Oberrheingebietes, unterscheidet. In wirtschaftlicher Hinsicht ging durch den Verlust von Elsaß-Lothringen ein wichtiger Markt für Produkte aus Rastatt verloren. Zugleich wurde im Versailler Vertrag auf französischen Wunsch hin eine 50 km breite entmilitarisierte Zone rechts des Rheins geschaffen – für Rastatt bedeutete dies den Verlust der angestammten Garnison.

Der vorliegende Band faßt nun die zentralen Aspekte der Ausstellung zur Rastatter Stadtgeschichte in der Weimarer Zeit zusammen. Schon an dieser Stelle darf festgestellt werden, daß es den Autoren gelingt, ein vielschichti-

¹ Vgl. die Ausstellung im Dreiländermuseum Lörrach **Zeitenwende** / Begleitband zur Ausstellungsreihe des Netzwerkes Museen und zur Überblicksausstellung im Dreiländermuseum 1918 1919 : 3 Länder - 30 Ausstellungen / Hrsg. Markus Moehring. Dreiländermuseum = Le tournant 1918/1919. - Lörrach : Lutz, 2018. - 164 S. : Ill. : 25 cm. - (Lörracher Hefte ; 27 : Rote Schriftenreihe des Dreiländermuseums Lörrach). - (2018/2019 Netzwerk Museen). - ISBN 978-3-947801-98-5. - Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1162234970/04>

ges Bild, vor allem der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Stadt in den Jahren 1918/19 bis 1933 zu präsentieren. Lediglich der politische Aspekt kommt etwas kurz. Selbstverständlich enthält der Band einen umfangreichen Beitrag zum Wirken von August Renner als Bürger- bzw. Oberbürgermeister der Stadt während der Jahre 1913 - 1933 (Oliver Fieg, S. 39 - 51). Vielleicht wäre noch ein weiterer Aufsatz zu den Parteien oder auch zu Wahlen in Rastatt während der Weimarer Zeit wünschenswert gewesen. Dies stellt jedoch keine grundsätzliche Kritik an den ohne Zweifel gelungenen Aufsätzen des Bandes dar.

Zu diesen gehört u.a. der Beitrag von Franz Mors und Oliver Fieg über den Rastatter Arbeiter- und Soldatenrat (S. 53 - 57). Dieser hatte sich bereits am Morgen des 10. November 1918 konstituiert. Die Rastatter Arbeiter und Soldaten setzten dabei einige symbolische Maßnahmen durch, so bspw., wenn an der Wirtschaft Zum Rappen die rote Fahne gezeigt wurde. Wie andernorts in Baden wirkte der Arbeiter- und Soldatenrat vor allem in den ersten Tagen nach dem Waffenstillstand durchaus ordnungsstiftend: „So betonte Genosse Neumann (...) Ruhe, Ordnung, Disziplin und Anstand sind die vier Grundpfeiler, auf die sich das Neue aufbaut“ (Zit. S. 54). Dementsprechend bemühte sich der Arbeiter- und Soldatenrat die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln sicherzustellen, aber auch Hamsterfahrten entgegenzuwirken. Zugleich galt es, die Bürgerschaft zu entwaffnen. Außerdem etablierte sich neben dem Arbeiter- und Soldatenrat ein Bürgerrat. Auch war man von bürgerlicher Seite zunächst bereit, den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten.

Anfang Dezember 1918 entstand jedoch, bedingt durch den Abzug des Militärs, eine neue Situation. Gerade in der Geschäftswelt herrschte nunmehr große Sorge vor, weil mit den Soldaten auch zahlreiche Konsumenten Rastatt verlassen hatten. Schon am 14. November hatte sich die Lage in Baden insgesamt stabilisiert. Die vorläufige Volksregierung hatte den Großherzog zum Verzicht auf die Regierungsgewalt bewogen und Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung ausgeschrieben. Nicht zuletzt im Zuge des Walkampfes kam es auch in Rastatt zu teilweise recht giftigen Pressefehden zwischen bürgerlichen Organen und dem Arbeiterrat. So betonte die **Rastatter Zeitung** die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sei nicht das Verdienst der Räte, sondern vielmehr der Beamten, die in treuer Pflichterfüllung auf ihren Posten verblieben waren. Auch verweisen Mors und Fieg auf eine ganze Reihe von Kompetenzstreitigkeiten, die sich im Laufe des Dezembers zwischen Gemeinderat und dem Arbeiterrat ergaben. Bspw. schätzte es der Gemeinderat wenig, daß nunmehr auch zwei Vertreter des Arbeiterrates an seinen Sitzungen teilnahmen. Ebenso kam es darüber zu Konflikten, wer über die Volkswehr, eine Truppe, die nach dem Abzug des Militärs für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung geschaffen worden war, verfügen konnte.

Mit der Wahl der badischen Nationalversammlung bzw. der Verabschiedung der Verfassung im März/April 1919 verloren die Räte in Baden, so auch der Rastatter Arbeiterrat, ihre Bedeutung. Im Spätsommer 1919 wurden letzt-

mals Kostenabrechnungen für die Tätigkeit des Rastatter Arbeiterrates vorgelegt.

Weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der *Wirtschaftlichen Entwicklung Rastatts in der Weimarer Zeit* (Marco Müller, S. 99 - 112) oder speziell mit einer Gewerbe- und Industrieausstellung in Rastatt im Jahr 1925 (Karl-Michael Walz, S. 113 - 116). Zu den Problemen der Weimarer Zeit gehörte jedoch auch eine sehr beengte Wohnsituation, so daß sich Iris Baumgärtner in gleich vier Ausätzen mit der Wohnungsnot und der städtischen Baupolitik in den Zwanzigerjahren befaßt (S. 63 - 93).

Aber auch die Rolle der Frauen (Patricia Reister, S.129 - 143), die Entwicklung der Schulen (ebenfalls Patricia Reister, S. 145 - 155) oder das Vereins- und Verbandsleben der Jahre 1919 - 1933 werden untersucht. Bei den Vereinen schenkt Patricia Weiß ihre Aufmerksamkeit dabei besonders den Sport- und Musikvereinen (S.157 - 167).

Teil der Konsumgesellschaft der zwanziger Jahre waren freilich auch die Kinos (S. 169 - 171). Auf den ersten Blick, so Franz Mors, hätte man erwarten können, daß nach dem Abzug der Garnison auch die Kinos in eine Krise gerieten, doch dies war nicht der Fall, im Gegenteil: 1920 wurde vergeblich die Zulassung eines dritten Filmtheaters beantragt. In Rastatt bestanden nun das Schloßkino und das Residenztheater. Diese hatten jedoch 1923 unter der Inflation zu leiden. Problematisch für die Kinos war jedoch auch die Einführung der Vergnügungssteuer als kommunaler Steuer. Diese lag in Rastatt mit 40 % deutlich über dem Satz benachbarter Städte. Erst nach mehrmaligen Vorstellungen war der Gemeinderat zu einer Reduktion dieser Steuer bereit, um kurze Zeit später seinen eigenen Beschluß wieder umzustoßen. Diese Politik des Gemeinderats hatte im Herbst 1923 eine zweimalige Schließung der Kinos zur Folge. Die Kinobesitzer zeigten sich vor allem über die Kritik der katholischen Zentrumspartei im Gemeinderat am Gehalt des Kinofilms empört. Erst nach der Überwindung der Inflation kam es zur Wiedereröffnung der Lichtspielhäuser, in denen nun erstmals Sing- bzw. Tonfilme angeboten wurden. So wurde im Juni 1926 im Residenztheater der Singfilm **Der Geigerkönig** gezeigt. Ebenfalls im Residenztheater wurde im Zusammenhang mit einem Film eine Gratis-Charlston-Tanzstunde gegeben.

Eine besondere Herausforderung für die Rastatter Kommunalpolitik ergab sich in der Zwischenkriegszeit zudem durch die Aufnahme sogenannter „Altdeutscher“, die aus Elsass-Lothringen von den Franzosen vertrieben wurden (Irmgard Stamm, S.117 - 127). Diese Vertreibung bildete eine Reaktion auf die Vorgänge des Jahres 1871, als die Deutschen eine „Reinigung des Nationalstaates von Bürgern fremden Volkstums“ vorgenommen hatten. Hatten 1871 60.000 Elsässer, die französisch gesinnt waren, das Land verlassen müssen, so wurden 1918 „etwa 150.000 Menschen aus Elsass-Lothringen ausgewiesen und größtenteils in Baden aufgenommen“ (S.117).

Auf französischer Seite wurden bereits am 2. November 1918 sogenannte Commissions de Triage gebildet. Diese unterteilten, je nach Abkunft, die Einwohner des bisherigen Reichslandes Elsaß-Lothringen in vier verschie-

dene Kategorien. Wer dabei in die Kategorie D fiel („Deutsche, die nach 1871 in Elsass-Lothringen eingewandert bzw. Deutsche von Eltern, die nach dem Jahr 1871 nach Elsass-Lothringen eingewandert waren“) hatten das Land umgehend zu verlassen. Anschaulich schildert Irmgard Stamm, wie durch die Kategorisierungen der Commissions de Triage ganze Familien auseinandergerissen wurden und unter welch demütigenden Umständen die so genannten „Altdeutschen“ das Land zu verlassen hatten, teilweise unter dem Hohn der französischen Bevölkerung.

In Rastatt bildete sich eine Ortsgruppe des Hilfsbundes der Verdrängten Elsaß-Lothringer, der schon bald 300 Mitglieder angehörten. Dieser Hilfsbund gab unentgeltliche Auskünfte und führte Versammlungen durch. Grundsätzlich ging es dabei um praktische Hinweise, wie die Ausgewiesenen Textilien oder Brennstoff erhalten konnten. Gleichzeitig sollte auch Geselligkeitspflege unternommen werden. Der Hilfsbund organisierte auch ein Wohltätigkeitskonzert und eine Weihnachtsfeier. Anfänglich konnte die Rastatter Presse von einer recht großen Anteilnahme der einheimischen Bevölkerung am Schicksal der Ausgewiesenen berichten. Allmählich schlug die Stimmung jedoch um. Irmgard Stamm webt immer wieder Erinnerungen von Ausgewiesenen des Jahres 1918/19 in ihre Darstellung ein. In diesen ist häufig die Rede von der Gefühlskälte der Rastatter Bevölkerung oder auch der Diffamierung der Elsässer als „Waggas“. Auch der unterschiedliche Dialekt wirkte trennend.

Die größten Schwierigkeiten entstanden freilich dadurch, daß die Stadt Rastatt Wohnungen und Arbeitsplätze bereits für heimkehrende Truppen zur Verfügung stellen mußte – und gerade auf diesen beiden Sektoren bestand ein ungutes Konkurrenzverhältnis zwischen den Ausgewiesenen aus Elsaß-Lothringen und der einheimischen Bevölkerung. Angesichts des Abzugs des Militärs lag es nahe, die Flüchtlinge in den früheren Kasernen unterzubringen. Die Wohnsituation hier erwies sich jedoch auch als schwierig. So mußten die Ausgewiesenen auf Strohsäcken schlafen. Auch hatte es in den Kasernen Ratten, so daß viele der Ausgewiesenen mit den Kasernen nur die schlechtesten Erinnerungen verbanden.

Aus Sicht der Stadtverwaltung, so Irmgard Stamm, war die Problematik eine dreifache. Erstens sollte Rastatt besonders viele Flüchtlinge übernehmen. Bürgermeister Renner bemühte sich vergeblich darum, durchzusetzen, daß die Vertriebenen aus Elsass-Lothringen von den Gemeinden wieder aufgenommen werden sollten, aus denen ihre Vorfahren ursprünglich ins Reichsland ausgewandert waren. Vergeblich bemühte sich der Bürgermeister zweitens um einen raschen Kauf der Festungsanlagen für die Gemeinde. Dies hätte auch die Möglichkeit gegeben, hier Betriebe anzusiedeln, die ihren linksrheinischen Standort hatten aufgeben müssen. Doch zogen sich diese Verhandlungen allzu sehr in die Länge, so daß in Rastatt in dieser Hinsicht keine erfolgreiche Gewerbeansiedlung betrieben werden konnte.

Drittens bemühte sich der Bürgermeister, Zuschüsse vom Reich für den Wohnungsbau oder aber auch zur Ausschreibung von Notstandsarbeiten zu erhalten. Wenn auch mit Blick auf den Wohnungsbau einige Erfolge erzielt werden konnten, so knüpfte das Reich die Auszahlung von Zuschüssen je-

doch an Bedingungen, wodurch neue Irritationen entstanden. Hierzu gehörte bspw. die Konkurrenz zwischen Einheimischen und Ortsansässigen bei der Einstellung von Notstandsarbeiten.

Letztlich konnte die Stadt nicht verhindern, daß die früheren Kasernen zu sozialen Brennpunkten wurden. Gleichzeitig verschuldete sich die Stadt massiv. Aus den Verpflichtungen im Hinblick auf die Fürsorge der Flüchtlinge resultierte eine Schuld der Stadt von 1,8 Mill. Reichsmark, von denen schließlich das Reichsinnenministerium eine Million im Jahr 1940 übernahm.

Der Aufsatz von Irmgard Stamm zu den Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen weiß wie der gesamte Band zu überzeugen. Die Beiträge ergeben in ihrer Summe ein anschauliches Bild der Rastatter Gesellschaft in den Jahren der Weimarer Republik.

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9628>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9628>